

Grenzwert

Informationsblatt und Mitgliederzeitschrift

Mobilfunkkritischer Verein in Oberfranken

Gesundheitsvorsorge | Information | Dokumentation | Meinungsbildung



Rechtsaufsichtsbeschwerde gegen die Stadt Coburg

Bürgerinitiative wirft der Stadtverwaltung Untätigkeit vor

Creidlitz. Die Stadt Coburg begründete die Genehmigung des Mobilfunkmasts in Creidlitz damit, sie hätte keine Rechtsmittel gehabt, den Antrag abzulehnen oder aufzuschieben. Außer dem Gutachterauftrag an ein unabhängiges Planungsbüro hinsichtlich einer kommunalen Mobilfunkplanung habe sie bisher keine weiteren Maßnahmen eingeleitet, um die Mobilfunkproblematik auf baurechtlicher Ebene zu regeln. Ein Ergebnis dieses Gutachtens sei erst im Laufe des Jahres 2008 zu erwarten. Nach Ansicht der Regierung Oberfranken hätte die Stadt nur etwas gegen die Baugenehmigung unternehmen können, wenn sie eine Bebauungsplanänderung beschlossen hätte. So ein Beschluss liege nicht vor, deshalb sei die Genehmigungspraxis der Stadt korrekt. Weiterhin stellte die Regierung aber genauso klar, dass die Umsetzung des Bürgerbegehrens für die Stadt verpflichtend sei.

Die Bürgerinitiative hat daraufhin die Rechtsaufsichtsbeschwerde erweitert und der Stadt Untätigkeit vorgeworfen. Das Bürgerbegehren verpflichtet die Stadt, alle juristisch denkbaren Schritte

Fortsetzung nächste Seite

Presseartikel von G. Becker im Nordbayerischen Kurier Bayreuth am 20.11.07

Studien belegen: Mobilfunk macht krank

Prof. Frentzel-Beyme fordert niedrigere Grenzwerte

Bayreuth. Egal, ob man über einen längeren Zeitraum häufig mit einem Handy telefoniert oder dauerhaft unter einer Hochspannungsleitung oder nahe einer Mobilfunkstation lebt: beides kann schwere Krankheiten verursachen. Zu diesem Ergebnis kam in seinem Vortrag (am 15.11.07) der Epidemiologe Professor Rainer Frentzel-Beyme.

Frentzel-Beyme, am Umweltforschungs- und Technologiezentrum der Universität Bremen tätig, referierte auf Einladung der Bürgerinitiative Mobilfunk Bayreuth und Hussengut unter Hochspannung sowie der Wohneigentümergeinschaft Bayreuth-Hussengut und dem **Netzwerk Risiko Mobilfunk Oberfranken** im Balkonsaal der Stadthalle vor rund 200 Zuhörern über die Gefahren von Elektrosmog. Im virtuellen Gepäck hatte er zahlreiche Auszüge aus Studien mitgebracht, die er als seriös und frei von jeder wirtschaftlichen Beeinflussung bezeichnete und die allesamt zum selben Ergebnis kämen: Elektrosmog, verursacht durch Mobilfunk oder Hochspannung, kann schwere gesundheitliche Probleme hervorrufen.

Der Epidemiologe bezeichnete Mobilfunk gar als „ein ungeplantes menschliches Experiment“, das alle Men-

schen demselben Risiko aussetzt. Zum Problem Hochspannungsleitung verwies der mittlerweile emeritierte Professor, der nach seiner Studienzeit in den USA die epidemiologische Forschung am Deutschen Krebsforschungszentrum Heidelberg aufgebaut hat, bevor er an die Universität Bremen berufen wurde, auf zahlreiche Studien, die einen eindeutigen Zusammenhang zwischen dem Auftreten von Leukämie und einer nahen Hochspannungsleitung hergestellt hätten.

Er nannte den Fall einer englischen Schule, in der allein in einer Klasse vier Schüler an Leukämie erkrankt seien. Dass es sich um eine seriöse Studie handle, bewiese deren Veröffentlichung im British Medical Journal. Ähnliche Phänomene seien in Japan, so Frentzel-Beyme, untersucht und belegt worden. Dass es einen Zusammenhang geben müsse, bewiese auch, dass in Niedersachsen das sogenannte Erdkabelgesetz verabschiedet worden sei. Überhaupt, so der Wissenschaftler, gehörten Stromleitungen erdverkabelt. Die beste Lösung stellten gasisolierte Leitungen dar. Freileitungen gehörten technisch betrachtet ins Mittelalter.

Was die Europäische Umweltagentur EEA in ihren

Fortsetzung nächste Seite

Fallstudie bestätigt erhöhtes Krebsrisiko durch Mobilfunkstrahlung

Hausmannstätten - Ein signifikant erhöhtes Krebsrisiko durch Mobilfunkstrahlung ist im Umkreis von 200m um eine Mobilfunkanlage für das C-Netz nachgewiesen worden, die nach 13 Jahren Betrieb 1997 abgebaut wurde.

In der vom Gesundheitsressort des Landes Steiermark im Jahr 2005 in Auftrag gegebenen Studie fand der

8,5-faches Krebsrisiko

Salzburger Umweltmediziner Dr. Gerd Oberfeld bei einer Strahlungsbelastung von $> 1000 \mu\text{W}/\text{m}^2$ ein 5 bis 8,5-fach erhöhtes Krebsrisiko für alle Tumorarten. Für Brustkrebs war das Risiko sogar 22,5-fach und bei

Brust und Gehirn extrem empfindlich

Hirntumoren 121-fach erhöht, wenn die Menschen länger als fünf Jahre neben dem Sender gelebt hatten. Die Studie wurde im Februar 2008 veröffentlicht und bestätigt die Ergebnisse der Naila-Studie aus dem Jahr 2004, bei welcher sich im Umkreis eines Mobilfunksenders (hier D-Netz) nach 5 bis 10 Jahren das Krebsrisiko verdreifacht hatte.

Quelle: <http://www.iddd.de/umtsno/60krebs.htm>

Rechtsaufsichtsbeschwerde...

(Fortsetzung von Seite 1)

schnellstmöglich einzuleiten, die zur Umsetzung der Ziele des Bürgerbegehrens erforderlich sind. Der erste Schritt wäre gewesen, einen Beschluss zur Änderung der Bebauungspläne herbeizuführen.

Schon im Mai 2007 forderte die Bürgerinitiative vom Oberbürgermeister, endlich die als Grundlage für eine Veränderungssperre erforderlichen Beschlüsse zur Umsetzung des Bürgerbegehrens zu fassen. Seitens der Stadt wurde diese Forderung bis heute ignoriert.

Auch das Angebot der Bürgerinitiative zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung wurde nicht wahrgenommen. Mittlerweile hat die Regierung von Oberfranken ihre Meinung bekräftigt, dass die Stadt Coburg ausreichend auf das Bürgerbegehren aktiv geworden sei, einen Grund zum rechtsaufsichtlichen Einschreiten sehe sie nicht. Die Bürgerinitiative ist hier anderer Meinung, sie wird sich diesmal unter noch detaillierterer Darlegung ihrer Argumente an die oberste bayerische Baubehörde wenden.

Siehe auch unter www.forum-mobilfunk.de

Mobilfunk macht krank (Fortsetzung von Seite 1)

neuesten Veröffentlichungen ausdrücklich betont hat, nämlich eine ausdrückliche Warnung vor gesundheitlichen Gefahren durch Mobilfunk, hätten beispielsweise schwedische und ägyptische Wissenschaftler mit den Ergebnissen ihrer zahlreichen Studien schon lange belegt: Wer längere Zeit Mobilfunkstrahlen ausgesetzt ist, hat ein erhöhtes Krebsrisiko. Untersuchungen hätten bewiesen, dass schon bei einer zehnjährigen intensiven Handynutzung die Gefahr, an einem Hirntumor zu erkranken, immens hoch ist. Wobei die zeitliche Grenze bei Kindern, so der Wissenschaftler, deutlich unter zehn Jahren liege.

Frentzel-Beyme: „Besonders bei Kindern ist das Hirntumorrisiko enorm hoch.“

Bei ihren Studien seien die Forscher aber auch immer wieder auf Krankheitssymptome wie Merkstörungen, Benommenheit, Depressivität, Schlafstörung, Kopfschmerzen und Konzentrationsstörungen gestoßen. Man müsse endlich, forderte Frentzel-Beyme, die in Deutschland geltenden Grenzwerte deutlich senken. Diese seien von Physikern und Ingenieuren festgelegt worden. Professionelle Gruppen, die von Auftraggebern abhängig seien.

Siehe auch unter www.mobilfunk-oberfranken.de

Standortkonzept für Mobilfunkanlagen beschlossen

Lichtenfels. Zum vorsorgenden Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Schäden hat der Stadtrat der Stadt Lichtenfels am 13. September 2004 einstimmig die Erstellung eines rechtsverbindlichen Standortkonzeptes für Mobilfunkanlagen

über eine Bauleitplanung beschlossen. Der Beschluss gilt für das ganze Stadtgebiet der Stadt Lichtenfels, einschließlich aller Eingemeindungen. Zum Schutz der Bebauungsplanung hat der Stadtrat zunächst eine Veränderungssperre für Mo-

bilfunkanlagen beschlossen. Dies bedeutet, dass während der Planaufstellung keine weiteren Mobilfunksendeanlagen (auch unter 10 Meter) errichtet werden dürfen. Zusätzlich kann kein Netzbetreiber während der Gültigkeit der Veränderungssperre vorhandene Mobilfunkmasten mit zusätzlichen Antennen erweitern.

In einem zweiten Schritt hat ein Gutachterbüro für Hochfrequenztechnik mögliche Mobilfunkstandorte ermittelt, die einen reibungslosen, d.h. funktechnisch einwandfreien Sendebetrieb in allen Netzen, einschließlich UMTS, gewährleisten. Somit ist das Gutachten nicht ohne weiteres juristisch angreifbar.

Gleichzeitig hat das Gutachterbüro darauf geachtet, dass die zu erwartende Strahlenbelastung für die Bevölkerung möglichst niedrig ist. Dies ergibt sich in der Regel durch Standorte außerhalb der Bebauung.

Gegenwärtig ist die Stadtverwaltung dabei die ermittelten Standorte in die Flächennutzungs- und Bebauungspläne zu integrieren, so

dass dadurch gültiges Baurecht geschaffen wird. Dieser Verwaltungsakt wird von einem auf diesem Gebiet erfahrenen Rechtsanwalt begleitet.

Danach dürfen neue Mobilfunksendeanlagen nur noch an, von der Stadt Lichtenfels, ausgewiesenen Standorten errichtet werden. Abschließend stehen Verhandlungen mit den Netzbetreibern und Vermietern der bestehenden „Alt-Standorte“ an, um diese an einen ausgewiesenen Standort zu verlagern. Die Bevölkerung der Stadt Lichtenfels steht hinter diesem Konzept und hat durch eine überwältigende Teilnahme beim Volksbegehren „Für Gesundheitsvorsorge beim Mobilfunk“ zum Ausdruck gebracht, dass sie nicht länger gewillt ist einen willkürlichen Ausbau der Mobilfunknetze, ohne jegliches Mitspracherecht, hinzunehmen. Das Ergebnis von fast 15 Prozent war für eine Kreisstadt sensationell. Der LK Lichtenfels belegte in Bayern mit 10,5 Prozent den „zweiten“ Platz.

Mobilfunk und Kommunalwahl

Oberfranken. Der Mobilfunkkritische Verein "Netzwerk Risiko Mobilfunk Oberfranken e.V." hat das Thema "Mobilfunk" zum Wahlkampfthema in einigen Städten und Landkreisen gemacht. Die Vorgehensweise war dabei jedoch regional sehr unterschiedlich. Während in Hof die 2. Vorsitzende Marianne Günther selbst kandidierte und damit direkten Wahlkampf betreiben konnte, hat man in Lichtenfels auf die Zusammenarbeit mit einem etablierten Kandidaten gesetzt.

Einen ganz anderen Weg ging der Coburger Verein "Bürgerinitiative Mobilfunk in Coburg e.V." der einen Fragebogen für die Kandi-

daten zur Stadtrats- und OB-Wahl in Coburg erarbeitete. Die Resonanz darauf war sehr unterschiedlich. Von den fünf OB-Kandidaten haben zwei, von den antretenden Gruppierungen und Parteien haben SPD, Freie Wähler und Christlich Soziale Bürger nicht geantwortet. Der amtierende und mittlerweile wiedergewählte SPD-OB, machte seinen Standpunkt allerdings durch ein Wahlplakat sehr deutlich. Auf diesem Plakat war er mit Handy am Ohr abgebildet. Alle anderen waren sich einig, dass eine kommunale Mobilfunkplanung durchgeführt werden soll.